

14. Februar 2024
von Mag. Sergej Jaklitsch, MBA

Whistleblowing – um was geht es und woher kommt es?

Beim Whistleblowing werden Hinweise auf Missstände und Fehlverhalten in Unternehmen und Organisationen gemeldet. Ein Whistleblower ist somit eine Person, die eine Rechtsverletzung aufdeckt und diese Rechtsverletzung oder dieses Fehlverhalten im Unternehmen adressiert, damit diese Rechtsverletzung oder dieses Fehlverhalten auch behandelt und aufgeklärt werden kann. Durch die Informationsweitergabe an unternehmensinterne oder externe Meldestellen sollen Maßnahmen zur Abhilfe getroffen werden.

Whistleblowing kennzeichnet sich durch Missstände von erheblicher Tragweite. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorfälle von öffentlichem Interesse wie öffentliches Auftragswesen, Umweltschutz, öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Lebensmittelsicherheit etc. Davon abzugrenzen ist Whistleblowing von übler Nachrede, Verleumdung, Intrigen und geringfügiges Fehlverhalten gegen arbeitsrechtliche Pflichten wie bspw. die Einhaltung von Arbeitszeiten etc. Abgegebene wissentlich falsche oder irreführende Hinweise stellen eine Verwaltungsübertretung dar und können auch Schadenersatzansprüche begründen.

In der Regel sind Whistleblower allerdings keine Personen, die andere vernadern. Mitarbeiter handeln verantwortungsbewusst, wenn sie Informationen über Fehlverhalten offenlegen, das dem Unternehmen finanziellen Schaden zufügen und seinen Ruf schädigen könnte. Schließlich kann ein Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter verheerende

Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Gerade ein Hinweisgebersystem ermöglicht die Chance Fehlverhalten zu entdecken und ist daher auch ein Weg zur Compliance-Kultur im Unternehmen. Die Unternehmensleitung erwartet sich von den Mitarbeitern, Fehlverhalten zu deklarieren.

Whistleblower fürchten jedoch eher das Risiko. Gute Beziehungen zu Kollegen, Aufstiegschancen und schlimmstenfalls Mobbing oder Ausgrenzung. Bei Wegfall dieser Risiken steigt die Motivation zur Meldung von Fehlverhalten. Der sicherste Weg, das Risiko für Whistleblower zu minimieren, ist die Gewährleistung ihrer Anonymität. Schon allein aus Gründen des Eigeninteresses um vertrauliche Informationen zu erlangen, sollte das Compliance Management daher Whistleblowern anonyme Meldekanäle anbieten.

Digitale Hinweisgebersysteme vereinen die Vorteile zweier „klassischer“ Informationswege: Sie haben den Grad der Anonymität eines anonymen Briefes und ermöglichen darüber hinaus Rückfragen. Im Rahmen des direkten Dialogs aufgeworfene Fragen des Ombudsmannes werden vom Compliance Management über ein vorübergehendes anonymes Postfach geklärt. Auf diese Weise werden Whistleblower sowohl geschützt als auch motiviert. Darüber hinaus verfügt das Compliance Management über einen Kommunikationskanal, um die Relevanz und Gültigkeit von Informationen zu prüfen.

Im Jahr 2002 wurde in den USA der Sarbanes-Oxly Act eingeführt. Dieser verpflichtet alle Unternehmen, die an US-Börsen gelistet sind und deren Tochterunternehmen eine Whistleblower-Hotline einzurichten. Auslöser dafür waren die Verfehlungen des kalifornischen-texanischen Energielieferanten Enron.

Wie erreichte Whistleblowing Europa?

An US-Börsen notierte Unternehmen haben teilweise auch Niederlassungen in Europa. Unabhängig vom Standort hat der Sarbanes-Oxley Act konzernweite Geltung. Das heißt also: Wenn die Aktien der Muttergesellschaft an einer US-Börse gehandelt wurden, bestand die Pflicht zur Einrichtung einer Whistleblower-Hotline in Europa.

Bis dahin gab es in Europa nur vereinzelt einen gesetzlichen Schutz für Whistleblower, jedoch war dieser auf nationaler Ebene nicht einheitlich geregelt. Schlussendlich wurde die „EU-Richtlinie 2019/1937 zum Schutz von Whistleblowern“ im November 2019 unter finnischer Ratspräsidentschaft unterzeichnet.

Die EU-Richtlinie 2019/1937 - Umsetzung in Österreich durch das HinweisgeberInnenschutzgesetz (HSchG) - hat zum Ziel, Whistleblower dazu zu ermutigen, ihre Informationen preiszugeben. Unter anderem schreibt sie vor, dass Unternehmen und Organisationen Meldekanäle einrichten, um sicherzustellen, dass die Identität der hinweisgebenden Person geschützt wird.